

# Arkanpolitik in der Moderne

## Der Imperativ der Öffentlichkeit, das Staatsgeheimnis und die politische Paranoia

Oliver Kohns

Das Großherzogtum Luxemburg hat sich schon lange den Ruf erworben, ein besonders geeigneter Ort zur Pflege von (Bank-)Geheimnissen zu sein. Die in Luxemburg seit einiger Zeit schwelende „Geheimdienstaffäre“ bietet allerdings Geheimnisse und Rätsel ganz anderer Art. Eine bis heute unaufgeklärte Reihe von Sprengstoffanschlägen aus den 1980er Jahren, Gerüchte über eine Verwicklung des Bruders des Großherzogs, Abhören durch den luxemburgischen Geheimdienst ohne richterlichen Beschluss, dies sind nach aktuellem Kenntnisstand zentrale Bestandteile der Affäre. Die Elemente sind jedem Kinogänger vertraut: „wie ein James-Bond-Film“,<sup>1</sup> heißt es in diesem Sinn in der *Süddeutschen Zeitung* im Januar 2013 über die Vorgänge im Großherzogtum.

Auf den ersten Blick entfaltet sich das Panorama eines politischen Skandals nicht unbedingt. Wo genau geschieht das Skandalöse? Illegale Abhöraktionen eines Geheimdienstes sind sicher ein Bestandteil, entscheidend ist aber wohl eher der Umstand, dass zentrale Akteure des politischen Geschehens (in diesem Fall: ein Premierminister und ein Großherzog) scheinbar bei geheimen Handlungen ertappt wurden – dass mit anderen Worten ein politisches Geschehen jenseits aller Öffentlichkeit, jenseits der Augen und Ohren des demokratischen Souveräns, offenbar wurde. Der politische Imperativ der Gegenwart fordert eine umfassende „Transparenz“ des politischen Geschehens, und es gibt politische Gruppierungen – etwa die Piratenpartei –, die in der Forderung nach absoluter Transparenz ihr wesentliches politisches Mandat sehen.

Der Imperativ der politischen Transparenz hat eine lange Vorgeschichte. Das *arcanum*, die Geheimpolitik gilt traditionell als „das Mittel der Tyrannen und

Diktatoren“.<sup>2</sup> Eine theoretische Würdigung erhält die Kategorie in den politischen Theorien der Frühen Neuzeit. Im 16. und 17. Jahrhundert wurden *arcana imperii* als absolut gerechtfertigte Mittel einer rationalen Organisation der Politik beschrieben. Bei Autoren wie dem frühneuzeitlichen Souveränitätstheoretiker Jean Bodin wird das Staatsgeheimnis zu einer zentralen Technik des Regierens: „Es ist eine Politik, die Undurchsichtigkeit zur wichtigsten Grundlage der Erhaltung und Erweiterung von Macht empfiehlt und als Techniken Verstellung, List, Warten, Schweigen, Affektkontrolle und kluges Schweigen empfiehlt.“<sup>3</sup> Im 18. Jahrhundert wurde die Regierungstechnik des Geheimnisses einer grundsätzlichen Kritik ausgesetzt.<sup>4</sup> Carl Schmitt zufolge ist die Verpönung jeglicher Arkanpolitik eine zentrale Idee des Liberalismus, der damit vor allem die politische Praxis des Absolutismus angreifen wollte. Das „Postulat der Öffentlichkeit“, schreibt Schmitt, „hat seinen spezifischen Gegner in der Vorstellung, daß zu jeder Politik *Arcana* gehören, politisch-technische Geheimnisse, die in der Tat für den Absolutismus ebenso notwendig sind, wie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse für ein auf Privateigentum und Konkurrenz beruhendes Wirtschaftsleben.“<sup>5</sup> Der absolutistische Staat wird in diesem Sinn wie ein privates Wirtschaftsunternehmen geführt, das einzig den Interessen des ihm zugehörigen Monarchen dienen soll.

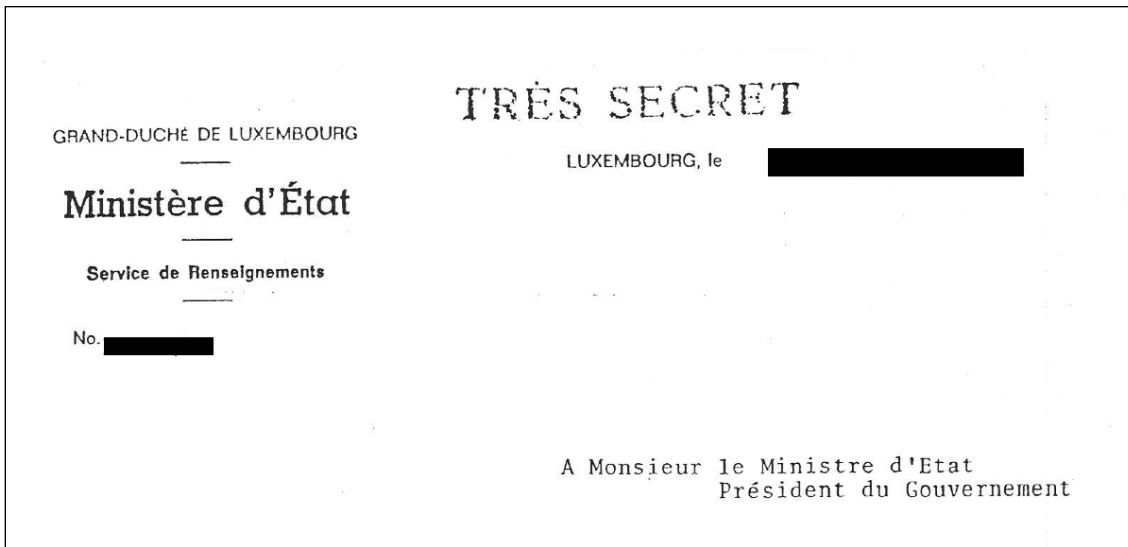
Eine strikte Version dieser liberalen Ablehnung von Arkanpolitik formuliert Kant. In seinem Essay *Zum ewigen Frieden* (1795) postuliert Kant den politischen Imperativ der absoluten Publizität: „Alle auf das Recht anderer Menschen bezogene Handlungen,

---

**Das *arcanum*, die Geheimpolitik gilt traditionell als „das Mittel der Tyrannen und Diktatoren“.**

---

Oliver Kohns leitet das Forschungsprojekt „Ästhetische Figurationen des Politischen“ an der Universität Luxemburg.



deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht.“<sup>6</sup> Wie Hannah Arendt hervorhebt, ist „Publizität“ einer „der Schlüsselbegriffe von Kants politischem Denken“. Kant zufolge seien „böse Gedanken definitionsgemäß geheim“,<sup>7</sup> weshalb allein die Verpflichtung zur öffentlichen Verlautbarung aller politischen Handlungen und Absichten eine moralisch bessere Politik bewirken könne. Im *Streit der Fakultäten* (1798) schreibt Kant: „Warum hat es noch nie ein Herrscher gewagt, frei herauszusagen, daß er gar kein Recht des Volks gegen ihn anerkenne [...]? Die Ursache ist: weil eine solche öffentliche Erklärung alle Untertanen gegen ihn empören würde.“<sup>8</sup> Mit diesem Postulat scheint die Praxis der Arkanpolitik in der Moderne – in den modernen Demokratien sowieso – endgültig jegliche Legitimation verloren zu haben und abgeschafft worden zu sein. „In einer politischen Kultur der Transparenz ist das Geheimnis etwas, dessen konstitutive Rolle im Politischen nicht mehr zugegeben werden kann – es sei denn im laschen Ton der bedauerlichen Notwendigkeit“,<sup>9</sup> schreibt Eva Horn.

Dass Arkanpolitiken in den modernen Demokratien keine theoretische Grundlage und Legitimation mehr haben, heißt allerdings keinesfalls, dass diese keine *arcana imperii* mehr besäßen. In bestimmten Bereichen und zu bestimmten Zwecken bleibt der Imperativ der völligen „Publizität“ auch in den demokratischen Staaten der Moderne von vornherein unbeachtet. Dazu zählt insbesondere der Bereich der äußeren wie inneren Sicherheit, dessen Grenzen naturgemäß schwer zu ziehen sind und daher politisch stets umkämpft bleiben. „Geheimhaltung, Geheimdienste, verdecktes Vorgehen, Überwachung der eigenen Staatsbürger etc. werden als bloße Mittel gesehen, die für ‚security and survival‘ des verfassungsmäßigen Staatsapparats notwendig sind, ein

letzter Reflex jener alten Theorie der *arcana imperii* als der Stabilisierung von Ordnung und Macht.“<sup>10</sup> Auch der moderne Staat beansprucht, mit anderen Worten, eine – wenn auch limitierte – Aussetzung der juristischen Ordnung, um die staatliche Ordnung als Ganzes gegen innere oder äußere Gegner zu schützen und zu verteidigen. In der Staatstheorie wird diese Aussetzung als das Prinzip der *Souveränität* bezeichnet.

Souveränität ist nach Carl Schmitts vielzitiertes Definition das Vermögen, den Ausnahmezustand auszurufen,<sup>11</sup> d. h. eine gegebene Rechtsordnung zeitweilig oder langfristig außer Kraft zu setzen. Kants Regel der vollständigen „Publizität“ aller politischen Akte gehört notwendigerweise zu den ersten Opfern dieser Erklärung: Im Ausnahmezustand können die politischen Akteure ihre Absichten nicht mehr offen verkünden. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um ein Notrecht: Als Ausnahmezustand gilt ein Zustand, in dem der Fortbestand des Staates (durch innere oder äußere Feinde) gefährdet erscheint. Die Pointe Schmitts ist allerdings, dass es niemals ein objektives Kriterium dafür geben kann, wann ein Ausnahmezustand ausgerufen werden muss: Es handelt sich in einem emphatischen Sinn um eine *Entscheidung*, und diejenige Instanz, die diese Entscheidung treffen darf, ohne gegenüber einer anderen Instanz dafür verantwortlich zu sein, darf sich als Träger der staatlichen Souveränität betrachten.

Das ist alles andere als bloße politische Theorie, es ist insbesondere seit September 2001 weltweiter politischer Alltag. Im Gefolge des „11. September“ konnte man sich an die Berichterstattung über elektronische Überwachungsmaßnahmen ungeahnten Ausmaßes, über Geheimgefängnisse, Folter, über Lager für Inhaftierte ohne jeglichen Prozess und andere

---

**Auch der moderne Staat beansprucht, eine [...] Aussetzung der juristischen Ordnung, um die staatliche Ordnung als Ganzes gegen innere oder äußere Gegner zu schützen und zu verteidigen.**

---

Szene aus *The Ghostwriter* (Roman Polanski, 2010)

Verletzungen des Gebots der „Publizität“ gewöhnen. Wenn es je *rogue states*, „Schurkenstaaten“ gegeben hat, bemerkt Jacques Derrida polemisch, dann sind dies wohl die USA und ihre Verbündeten.<sup>12</sup> All das geschah im Namen eines weltweiten Ausnahmezustands und im Interesse von Sicherheitspolitik. Arkanpolitik ist damit kein überkommenes Relikt aus der Zeit der absolutistischen Monarchien, sondern eine alltägliche Praxis der modernen Demokratien.

### Politische Paranoia

Im skeptischen Denken der Moderne weckt das Geheimnis allerdings augenblicklich eine Gegenkraft: den Verdacht. Sobald Arkanpolitik auch für demokratische Staaten als eine reale Option erscheint, kann die Möglichkeit von geheimen Absichten und geheimen Vorgängen hinter den Kulissen des allgemein Sichtbaren niemals mehr ausgeschlossen werden. Gerade dass auf der politischen Bühne etwas nicht sichtbar ist, kann dann als Beweis dafür erscheinen, dass sich hinter der Bühne geheimnisvolle Verwicklungen abspielen. Es entwickelt sich, mit anderen Worten, nahezu notwendigerweise eine Paranoia der Macht und des Geheimnisses. Politische Paranoia ist, wie Manfred Schneider ausführt, ein genuines Produkt der Moderne. „Die Paranoia antwortet auf die wachsende Komplexität und Kontingenz der politischen Welt stets mit monotonen und monokausalen Erklärungen: Sie beschuldigt die Juden, das Kapital, den Herrscher, die Presse, Gott, die Männer, die Freimaurer, den Sex, die Kommunisten, den Westen, die Gene, das Gehirn, das Böse.“<sup>13</sup> Die modernen Demokratien leben so mit einem stets mitlaufenden, im politischen Diskurs immer wieder neu formulierten Verdacht der Ge-

heimniskrämerei. Und dieser Verdacht richtet sich nicht zuletzt gegen die Institutionen der Aufklärung und Transparenz, die so paradoxerweise zugleich zu Institutionen der Geheimhaltung und Intransparenz werden. Ein (zugegeben kontingentes) Beispiel ist die US-amerikanische National Security Agency (NSA), die Spionageagentur, über die immer wieder neue Mutmaßungen und Spekulationen über – selbstverständlich – höchst geheime Verwicklungen und Verschwörungen zu lesen sind. Die NSA ist so geheimnisvoll, dass „selbst ihre Weihnachtsfeier unter falschem Namen abgehalten wird“,<sup>14</sup> kann man beispielsweise vom *Spiegel* erfahren. „Der Dienst hat viele Bezeichnungen“, liest man weiter: „Palast der Rätsel“, „Big Daddy“, „The Agency“. Die meisten nennen die Behörde bloß: NSA. Insider sagen, das Kürzel stehe für ‚No Such Agency‘ oder ‚Never say anything‘.“<sup>15</sup>

Der Diskurs über Arkanpolitik wird in diesem journalistischen Text – wie stets – im Namen der *Aufklärung* und Offenlegung einer verborgenen Wahrheit betrieben. Da man über die Geheimnisse der Politik allerdings nichts wissen *kann* – sonst wären sie ja eben keine Geheimnisse –, muss dieser Diskurs jedoch seinerseits hochgradig spekulativ bleiben und einen jederzeit leicht raunenden Tonfall annehmen. Die Grenze zur teilweise auf den ersten Blick irrational anmutenden Literatur des Genres ‚Verschwörungstheorie‘ bleibt daher notwendigerweise ungesichert und unscharf. Möglicherweise ist es daher sinnvoller, die Diskurse über Arkanpolitik nicht (zumindest nicht in erster Linie) als Teil einer Suche nach verborgenen politischen Wahrheiten, sondern als ein spezifisches *literarisches* Genre zu begreifen.

Was könnte die soziale Funktion dieses literarischen Genres sein, bleibt zu fragen. Der Diskurs über Arkanpolitik bietet eine alternative Erzählung über Politik, in der die unendliche Komplexität auf eine einfache Narration reduziert werden kann. Der Diskurs über Arkanpolitik bringt eine *politische Erzählung* hervor. Es wird behauptet und insinuiert, dass das *eigentliche* Geschehen *hinter* der Bühne des allgemein Sichtbaren stattfindet.<sup>16</sup>

Der Spielfilm *The Ghost Writer* (USA 2010) stellt diesen Mechanismus des Geheimnisses und der daraus hervorgehenden *politischen Erzählung* anschaulich dar. Ein namenloser Ghostwriter soll die Memoiren des ehemaligen britischen Premierministers Adam Lang (hinter dessen Maske unschwer Tony Blair zu identifizieren ist) fertigstellen, nachdem ein erster Ghostwriter unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommen ist. Doch die gemeinsame Arbeit mit dem ehemaligen Politiker erweckt im Ghostwriter den wachsenden Verdacht, dass die Memoiren keine

---

**Im skeptischen Denken der Moderne weckt das Geheimnis allerdings augenblicklich eine Gegenkraft: den Verdacht.**

---

Wahrheit über das politische Geschehen aussagen, sondern diese vielmehr verbergen und verstellen. Warum der Premierminister an der Seite der Amerikaner in einen unnötigen und illegitimen Krieg zog, bleibt rätselhaft und geheimnisvoll: Die offene Frage eröffnet einen Raum für den Verdacht. Die tatsächliche Wahrheit liegt in einer *politischen Erzählung*, die das politische Geschehen als ein Geheimgeschehen erneut lesbar macht. Das wird im Film unmittelbar sichtbar vorgeführt: Der Ghostwriter entziffert die Wahrheit des Geschehens, indem er in dem Manuskript seines Vorgängers das jeweils erste Wort aus jedem Kapitelanfang nimmt und zu einem Satz lesbar macht. Das ist das Versprechen des Diskurses über Arkanpolitik: Die Wahrheit ist versteckt, aber kein Geheimnis kann seine letztliche Auflösung verhindern. ♦

1 Cerstin Gammel, „Affäre Juncker“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 27.1.2013, <http://www.sueddeutsche.de/politik/luxemburgs-geheimdienst-affaere-juncker-1.1584565> (zuletzt abgerufen am 14.5.2013).

2 Eva Horn, *Der geheime Krieg. Verrat, Spionage und moderne Fiktion*. Frankfurt am Main: Fischer Tb 2007, S. 104.

3 *Ebd.*, S. 112.

4 Vgl. Arno Meteling, „Verschwörungstheorien. Zum Imaginären des Verdachts“, in: Lutz Ellrich, Harun Maye und Arno Meteling, *Die Unsichtbarkeit des Politischen. Theorie und Geschichte medialer Latenz*. Bielefeld: Transcript 2009, S. 179-212, hier S. 179f.

5 Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* [1923]. 9. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot 2010, S. 48.

6 Immanuel Kant, *Werke in sechs Bänden*. Hrsg. von Wilhelm Weischedel. Wiesbaden: Insel 1964, Bd. 6, S. 245.

7 Hannah Arendt, *Das Urteilen. Texte zu Kants Politischer Philosophie*. Hrsg. von Ronald Beiner. Übers. von Ursula Ludz. München, Zürich: Piper 1998, S. 31.

8 Kant, *Werke in sechs Bänden* (wie Anm. 6), Bd. 6, S. 359.

9 Horn, *Der geheime Krieg* (wie Anm. 2), S. 121.

10 *Ebd.*, S. 119.

11 Vgl. Carl Schmitt, *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität* [1922]. 7. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot 1996, S. 13.

12 Vgl. Jacques Derrida, *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*. Übers. von Horst Brühmann. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003, S. 136.

13 Manfred Schneider, *Das Attentat. Kritik der paranoischen Vernunft*. Berlin: Matthes & Seitz 2010, S. 23f.

14 Jonathan Stock, „Einer gegen Amerika“, in: *Der Spiegel* 20, 13.5.2013, S. 51.

15 *Ebd.*

16 Vgl. Meteling, „Verschwörungstheorien“ (wie Anm. 4), S. 210: „Dieses Wissen formuliert den Verdacht, dass sich unter der Oberfläche des Politischen, den Masken der Repräsentation und der Symbolisierung, nicht nur jemand oder etwas ganz anderes verbirgt, sondern dass mit Hilfe der Medien die Wahrheit verstellt (*dissimulatio*) oder falsche Informationen konstruiert (*simulatio*) werden und dass der Kern der Verschwörung mitunter in den Medien selbst zu finden ist.“

## Constitutional Reboot – public forum zum Nachhören [www.constitution.lu](http://www.constitution.lu)

„Mir hu keng Staatskris, mee 't kriselt awer am Staat“, stellte Premierminister Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Nation fest. Während sich die Krisen häufen (die Weigerung des Großherzogs, das Euthanasiegesetz zu promulgieren; Liwange/Wickrange; „Bommeleer“ und Geheimdienst) und das Fundament des Staates immer weitere Risse bekommt, arbeiten zwölf Abgeordnete seit 1999 an einer neuen Verfassung. Die „Commission des Institutions et de la Révision constitutionnelle“ stellte 2009 einen ersten Entwurf vor, den sie seit Mitte 2012 intensiv überarbeitet.

Die Arbeit der Kommission geht mittlerweile über das ursprüngliche Ziel hinaus, die Verfassung an die politische Realität anzupassen. Es wird über neue Grundrechte diskutiert, das institutionelle Gefüge soll umgebaut werden. Bietet die Verfassungsreform die Chance, sowohl eine neue politische Kultur zu etablieren als auch die Vertrauenskrise durch einen neuen Gesellschaftsvertrag zu überwinden? Ist es eine Gelegenheit über das „kollektive Wir“ nachzudenken, das die Verfassung repräsentieren soll?

### Am 13. Mai 2013 diskutierten darüber mit dem Publikum:

**Véronique Bruck** (Mitglied der Ligue des Droits de l'Homme)

**Anne Heniqui** (Vizepräsidentin der Menschenrechtskommission)

**Luc Heuschling** (Professor für Verfassungsrecht, Universität Luxemburg)

**Robert Urbé** (Koordinator, Caritas)

### Was kann eine Verfassung bewirken?

Luc Heuschling erklärte, was Sinn und Zweck einer Verfassung ist und was das ursprüngliche Ziel der aktuellen Reform war. Robert Urbé plädierte dafür, in einer öffentlichen Debatte über die Prinzipien zu diskutieren, auf welche die Verfassung aufbauen sollte. Er verweist auf die Prinzipien des deutschen Grundgesetzes: „die Würde des Menschen ist unantastbar“ und „Eigentum verpflichtet“. Wenn eine Verfassung als Fundament der Gesellschaft dienen soll, dann ist ein Minimum an Idealismus notwendig, so Véronique Bruck. Einige wenige Prinzipien, wie das des Rechtsstaats, sollten die Basis bilden, auf die man den Rest des Textes baut.

### Kritik an der Arbeit der Kommission

Luc Heuschling wies auf die problematischen Übergangsbestimmungen hin. Wenn der Text so angenommen würde, dann blieben die alten Gesetze (d.h. jene, die vor der neuen Verfassung gestimmt wurden) in Kraft, selbst wenn sie gegen die Prinzipien der neuen Verfassung verstoßen würden. Anne Heniqui kritisierte, der Entwurf sei bisher wenig kohärent und die DNA des Ständestaates sei noch immer sichtbar: Monarchie, Klerus und Bürgertum. Véronique Bruck sah die Grundrechte im Text nicht ausreichend geschützt.

### Bürger besser beteiligen

Es bestand ein großer Konsens, dass die Bürger deutlich besser am Reformprozess beteiligt werden müssten.

Der Podcast ist unter folgendem Link zu finden: [bit.ly/constreboot](http://bit.ly/constreboot)